



Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

46. Sitzung (öffentlich)

11. Dezember 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten, den Tagesordnungspunkt 7 „Aktueller Mittelabfluss der Sozialen Wohnraumförderung 2014“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten und FDP gegen die Stimmen der CDU, den Tagesordnungspunkt 2 nicht abzusetzen.

Der Ausschuss spricht sich mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP dafür aus, Punkt 3 auf der Tagesordnung zu belassen.

- 1 Unangemessene Erhöhung der Gebühren bei Zufahrten von Landesstraßen** **7**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2512
- Der Ausschuss diskutiert über mit dem Bericht zusammenhängende Fragen.
- 2 Sachstand „Leverkusener Brücke“ und „Brücke A 40 Duisburg-Neuenkamp“** **9**
- Nicole de Witt und Christoph Jansen von Straßen.NRW tragen eine Powerpoint-Präsentation vor. Danach werden von ihnen und von Minister Groschek Fragen aus den Reihen des Ausschusses beantwortet.
- 3 Abfluss der Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau** **22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2529
- Der Ausschuss führt eine kurze Aussprache zu dem Bericht Vorlage 16/2529 durch.
- 4 Förderrichtlinie Nahmobilität** **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2522
- Der Ausschuss hat nach einer Aussprache die Förderrichtlinie Nahmobilität Vorlage 16/2522 zur Kenntnis genommen.
- 5 Freie Berufe in Nordrhein-Westfalen stärken: Europäisches Semester kritisch begleiten** **27**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6134

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von **Bernhard Schemmer (CDU)** überein, den Antrag heute nicht zu behandeln, um das Ergebnis laufender Gespräche der Fraktionen zu diesem Thema abzuwarten.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – Bau GB AG NRW 28

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6131 (Neudruck)

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf Drucksache 16/6131 (Neudruck) mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten ab.

7 Aktueller Mittelabfluss der Sozialen Wohnraumförderung 2014 31

Der Ausschuss hat vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln.

8 Sachstand Denkmalschutzförderung 32

Der Ausschuss verständigte sich vor Eintritt in die Tagesordnung darauf, diesen Punkt heute nicht aufzurufen.

9 Verschiedenes 33

Der Ausschuss stimmt einer Kommissionsreise nach München in der Zeit vom 22. bis 24. April 2015 zu.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – Bau GB AG NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6131 (Neudruck)

Bernhard Schemmer (CDU) legt dar, unter Bürgern, die ehemals landwirtschaftliche Gebäude besäßen, herrsche gewaltige Unruhe. Die Anhörung habe gezeigt, dass die Sieben-Jahres-Frist den Bedürfnissen der langsam ausgelaufenen landwirtschaftlichen Betriebe, bei denen häufig nicht genau geklärt werden könne, wann diese im Baurechtssinne beendet worden seien, nicht gerecht werde. Es gehe darum, zügig zu einer Lösung zu gelangen. Die einmütigen Äußerungen der Sachverständigen in der Anhörung am 18. November 2014 hätten seine Fraktion veranlasst, dieses Thema auf die Tagesordnung im nächsten Plenum setzen zu lassen.

Es gehe darum, die Praxis, die seit Jahren einvernehmlich getragen worden sei, auf Dauer zulassen zu wollen. Das sollte alsbald geschehen.

Oliver Bayer (PIRATEN) führt an, anfangs hätten die Piraten an der Relevanz des Themas gezweifelt. Die Anhörung habe aber die Sinnhaftigkeit des Antrags bestätigt. Es gelte mit den Worten von Herrn Breuer gesagt, einmal aus dem Fraktionsdenken herauszutreten und anzuerkennen, was anzuerkennen sei. Die Piraten stimmten dem Antrag zu.

Reiner Breuer (SPD) erklärt, der von CDU und FDP vorgelegte Gesetzentwurf sei in dieser Weise nicht zustimmungsfähig. Seine Fraktion werde nächsten Dienstag abschließend das weitere Vorgehen beraten. Heute werde der vorgelegte Gesetzentwurf aber abgelehnt.

Josef Hovenjürgen (CDU) entgegnet, die Aussagen seines Vorredners nicht nachvollziehen zu können. In seiner Zeit als Parlamentarier habe er noch nie eine derartige Einmütigkeit der Sachverständigen bei einer Anhörung wahrnehmen können wie am 18. November. Es erscheine gerechtfertigt, eine Entfristung einzuführen. Sollte in der SPD-Fraktion über eine weitere Befristung nachgedacht werden, empfehle er, sich das noch einmal zu überlegen. Die Anhörung habe ergeben, dass bei Verabschiedung des Gesetzentwurfes keine weitere Versiegelung zu erwarten sei, sondern diese eine Hilfe bedeute, zusätzliche Versiegelungen zu verhindern. Deshalb erscheine ein konsequenter Schritt angesagt. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft werde andauern. Dieser werde auch durch gewisse Auflagen, die Kleinbetriebe nicht erfüllen könnten, gefördert. Deren Hofstelle sei aber vorhanden. Die Gebäude wirtschaftlich nutzen und erhalten zu können und an anderer Stelle Versiegelung zu verhindern, sei ein Grundtenor in der Anhörung gewesen.

Es mag für eine Regierungsfraktion schwer sein, einen Antrag der Opposition als richtig anzuerkennen, aber es würde Größe zeigen, einem solchen Antrag einmal zuzustimmen. Es wäre kleinkariert, kleine Schwächen darin finden zu wollen, um später einen eigenen Antrag zu diesem Thema vorlegen zu können.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) sagt zu, die Grünen würden sorgfältig über Befristung und Entfristung beraten. Aber es müsse genau geprüft werden, was im ländlichen Raum geschehe, zumal es auch andere Hinweise – insbesondere aus dem Münsterland – gebe. Aus Sicht der Grünen sei der Gesetzentwurf heute nicht zustimmungsfähig. Es sollte aber gemeinsam nach einem gangbaren Weg gesucht werden.

Die Grünen wünschten eine Verdichtung in den Innenbereich hinein. Die Regel „innen vor außen“ sei auch aus demografischen Gründen die richtige Regel für die Raumentwicklung und für die Stadtentwicklung, und zwar unabhängig vom landwirtschaftlichen Strukturwandel. Es gebe aber berechtigte Hinweise darauf, dass eine brachgefallene Hofstelle vielleicht auch einmal nicht im richtigen Zeitraum entwickelt werden könne, wie in der Anhörung deutlich geworden sei. Über diese Fragestellungen müsse noch einmal miteinander gesprochen werden.

Josef Hovenjürgen (CDU) erwidert, die Einwendungen von Frau Schneckenburger nicht verstehen zu können. In seiner Heimatstadt Haltern am See gebe es insbesondere auch von Mitgliedern der Partei der Grünen heftigen Protest gegen eine massive Innenverdichtung. Sie stellten wie auch Sozialdemokraten das Verfahren nach § 34 infrage. Es falle enorm schwer, denen zu erklären, eine Innenverdichtung vor weiteren Außenverdichtungen propagieren zu müssen. Die Entfristung – auch dauerhaft – habe einen Sinn, weil dadurch Substanzwahrung betrieben werde und weil sie Hilfestellung bei Betriebsübergaben leiste und die Möglichkeit biete, vorhandene Baustruktur zu nutzen, die dadurch nicht an anderer Stelle neu entstehen müsse. Das entspreche doch genau dem, was die Grünen anstrebten. Die Anhörung habe auf all diese Fragen richtige Antworten gegeben. Deshalb sollten die Regierungsparteien den Mut haben, das Beantragte als richtig zu bezeichnen.

Holger Ellerbrock (FDP) meint, der Kollege Breuer mache das Karo so klein, dass es optisch bereits als großzügige Fläche wirken könne. Der Kollege Breuer habe geäußert, der Antrag sei eigentlich so nicht zustimmungsfähig. Das bedeute doch, dass der Gesetzentwurf inhaltlich in Ordnung sei und man ihn verbunden mit gewissen Verbesserungen sprachlich aufzuwerten wünsche. Auch aus der Äußerung der Kollegin Schneckenburger könne entnommen werden, dass aus dem Anliegen etwas Vernünftiges gemacht werden könne. Daraus leite er einen bei Grün und Rot weit fortgeschrittenen Reifungsprozess ab, wo es aber noch am letzten Schritt fehle. Deshalb sollte heute nicht darüber abgestimmt werden. Das bereite aber erhebliche Probleme, weil man sich kurz vor dem 1. Januar befinde. Vielleicht könne noch vor der nächsten Plenarsitzung das Signal gegeben werden, gegebenenfalls gemeinsam etwas Vernünftiges aus dem Anliegen zu machen.

Bernhard Schemmer (CDU) merkt an, theoretisch könne er mit allen Gedankengängen leben. Aber der Antrag liege schon geraume Zeit vor. Sämtliche Fragestellungen und der Inhalt der Anhörung seien bekannt. Der Ausschuss habe die Entscheidung über den Gesetzentwurf bis heute zurückgestellt. Die Mehrheitsfraktionen hätten genügend Zeit gehabt, das von diesen Gewünschte einzubringen.

Es entspreche auch nicht seinem demokratischen Verständnis, wenn die von den Mehrheitsfraktionen gewünschten Alternativen dem Ausschuss eine Woche vor der plenaren Beratung nicht zur Verfügung stünden. Ein solches Verhalten wolle seine Fraktion nicht unterstützen. In dieser Sitzung könne noch ein Änderungsantrag gestellt und das Beratungsverfahren zum Abschluss gebracht werden. Von Zeitdruck könne ohnehin nicht gesprochen werden, allenfalls hätten sich die Regierungsfraktionen den selbst geschaffen.

Der Gesetzentwurf sei gut, wie auch alle Sachverständigen in der Anhörung geäußert hätten, und über ihn solle heute abgestimmt werden.

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf Drucksache 16/6131 (Neudruck) mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten ab.

